

Ressort: Finanzen

Stahlindustrie fürchtet "Kahlschlag" beim Emissionsrechtehandel

Berlin, 29.05.2017, 04:00 Uhr

GDN - Die geplante Reform des Emissionsrechtehandels in der EU hat für Entsetzen in Europas Stahlindustrie gesorgt. Standorte und Jobs seien in Gefahr, warnen Unternehmen und Verbände in einem offenen Brief an die Regierungschefs der EU-Länder, über den die "Welt" in ihrer Montagausgabe berichtet.

76 Konzern- und Verbandschefs appellieren darin an die Politik, der Stahlindustrie nicht zu schaden. "Sie können verhindern, dass die Branche mit hohen Kosten belastet wird, die Investitionen hemmen und das Risiko von Arbeitsplatzverlusten oder Werkschließungen in der EU erhöhen", heißt es in dem Schreiben. "Wir bitten Sie daher um Ihre Mithilfe, damit Nachhaltigkeit und globale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Stahlindustrie bewahrt bleiben." Größter Verlierer der Reform in ihrer aktuellen Ausprägung wäre demnach vor allem Deutschland als der mit Abstand größte Stahlstandort in Europa. Würden die Vorstellungen des Umweltrates Realität, führe allein die geringere Zuteilung von Zertifikaten für die Jahre 2021 bis 2030 zu Zusatzbelastungen für die deutschen Stahlhersteller in Höhe von bis zu vier Milliarden Euro, rechnet die Wirtschaftsvereinigung Stahl vor. Das entspreche etwa dem Vierfachen der jährlichen Investitionen der Stahlindustrie in Deutschland. "Der Emissionsrechtehandel wäre nichts anderes als eine Produktionssteuer auf Stahl, die den Unternehmen die Luft für Investitionen in die Zukunft nimmt", kritisiert Verbandspräsident Hans Jürgen Kerkhoff. "Hinzu kommen auch noch erhebliche Mehrkosten in ähnlicher Dimension durch emissionshandelsbedingte Strompreissteigerungen." Unter dem Strich schätzen die Chefs der europäischen Stahlfirmen, dass ihrer Industrie bis zum Jahr 2030 eine Verknappung der Zertifikate von rund 35 Prozent bevorsteht, wie aus dem Brief an die Regierungschefs der EU hervorgeht. Hintergrund: Zentrales Problem der Stahl-Industrie sind die Benchmarks für den künftig erlaubten CO₂-Ausstoß. Derzeit sieht die entsprechende Richtlinie einen Grenzwert von 1328 Kilogramm CO₂ pro Tonne erzeugtem Roheisen vor. Experten zufolge ist dieses Limit aber technisch gar nicht erreichbar. Selbst die zehn Prozent besten Anlagen in Europa kommen auf 1475 Kilogramm pro Tonne, heißt es in der Branche. Der Durchschnitt liege derzeit sogar bei 1630 Kilogramm.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-89978/stahlindustrie-fuerchtet-kahlschlag-beim-emissionsrechtehandel.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com

www.gna24.com